

EURO-LETTER

Der Euro-Letter wird von der **ILGA-Europa** – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber: Juris Lavrikovs * **Kontakt:** euroletter@ilga-europe.org

Euro-Letter [auf Englisch] abonnieren:

Senden Sie bitte einfach eine Mitteilung ohne Text an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Bisherige Ausgaben: Alle vorangegangenen Euro-Letter in englischer Sprache, als auch die deutschen und portugiesischen Übersetzungen von Nr. 76 Januar 2000 und griechische Übersetzungen von Nr. 127 Januar 2006 an, sind im pdf-Format auf unserer Website abrufbar: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter

Die ILGA-Europa dankt der Lesbian and Gay Liberation Front e.V. für die deutschen Übersetzungen des Euro-Letter, die auch auf ihrer Website abrufbar sind: <http://www.lglf.de>, Miguel Freitas für die portugiesischen und Pantelis Ravidas für die griechischen Übersetzungen.

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

In dieser Ausgabe

ILGA-EUROPA

- **ILGA-EUROPA-KONFERENZ 25. BIS 29 OKTOBER IN SOFIA**
- **ILGA-EUROPA AUF DER INTERNATIONALEN KONFERENZ FÜR LGBT-MENSCHENRECHTE IN MONTREAL**
- **ILGA-EUROPA AUF DEM BERLINER CSD AUSGEZEICHNET**
- **ILGA-EUROPA SUCHT EHRENAMTLICHE ÜBERSETZER/INNEN**

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

- **ISLAND: NEUE GESETZE ZU EINGETRAGENER LEBENSPARTNERSCHAFT GEWÄHREN VOLLE EHERECHTE**
- **VEREINIGTES KÖNIGREICH:
GLEICHGESCHLECHTLICHES PAAR VERLIERT ANFECHTUNG DER EHEGESETZE**
- **NORWEGEN: OSLOER SAMENBANK LEHNT SCHWULE AB**

TRANSGENDER

- **ÖSTERREICH FOLGT URTEIL DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS IN TRANSGENDER-FALL**
- **LITAUEN: TRANSSEXUELLE STEHEN FÜR IHRE RECHTE EIN**

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

- **VERBOTE VON PRIDE-PARADEN UND GEWALT IN RIGA UND BURSA**
- **PRIDE IN TALLINN ERLAUBT UND VON SKINHEADS ANGEGRIFFEN**
- **EPOA-KONFERENZ IM OKTOBER IN MADRID**

VERBRECHEN AUS HASS

- **VEREINIGTES KÖNIGREICH: DIE MEISTEN VERBRECHEN AUS HASS WERDEN NICHT GEMELDET**

SCHWARZES BRETT

- **ERSCHEINEN SIE IN EINEM VIDEO DER LETZTEN ILGA-WELTKONFERENZ**
- **AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON KONFERENZBEITRÄGEN**
– **3. WELTKONFERENZ: SEX UND SEXUALITÄT – UNTERSUCHUNG KRITISCHER FRAGEN**

Quelle: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation * Angabe von Links ohne Hinweis in eckigen Klammern beziehen sich auf Webseiten in englischer Sprache.

ILGA-EUROPA

ILGA-EUROPA-KONFERENZ 25. BIS 29. OKTOBER IN SOFIA

Von ILGA-Europa

Die Anmeldung für unsere Konferenz war ab Juli möglich, jetzt können Sie sich auch online für die Konferenz anmelden:

www.ilga-europe.org/conference

Sie haben außerdem Zugang zu den am 16. August übermittelten 2. Konferenzmitteilungen auf unserer Konferenzseite:

www.ilga-europe.org/conference

ILGA-EUROPA AUF DER INTERNATIONALEN KONFERENZ FÜR LGBT-MENSCHENRECHTE IN MONTREAL

- 1. Outgames und internationale Konferenz zu LGBT-Menschenrechten: Montreal, Juli 2006 - *Von Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa*

Den ersten Eindruck von Montreal gewann man auf dem Flughafen,... wo Aushänge in der Gepäckausgabe anzeigten, wir sollten unser Gepäck dort lassen! Ich dachte, das muss eine Veranstaltung sein, die sich auf die Bürger/innen der Stadt auswirkt. Ich dachte auch, was für ein Organisationsniveau muss in diese Veranstaltung eingeflossen sein, um das möglich zu machen. Also,... ein ausgezeichnete Start.

Ich komme im Hotel an und alle Mitarbeiter/innen tragen Begrüßungsabzeichen für die Outgames/Internationale Menschenrechtskonferenz. Und nur etwa 30 von uns übernachteten in diesem Hotel...

Die Konferenz war riesig! Es hatten sich 1.500 Teilnehmer/innen für die internationale Menschenrechtskonferenz, die Workers Out [Workers Out! - Konzentriert sich auf die Entwicklung einer internationalen Strategie, um Gewerkschaften weltweit zu helfen, den Kampf für LGBT-Rechte am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu führen] und Out for Business [LGBT-Gruppen an Universitäten] als kombinierte Konferenzen angemeldet.

Es gab eine erstaunliche Anzahl von Arbeitskreisen während dieser Tage, die Plenarversammlungen waren anregend und gaben einen schnellen Einblick, wie Nordamerikaner/innen Konferenzen veranstalten. Es war ein wenig verwirrend für einige von uns Europäer/innen, soviel spontanen Applaus und stürmischen Beifall während der Reden auf den Plenarversammlungen zu erhalten! Was gesagt wurde, war sehr gewichtig, politisch notwendig, um die vollständige Gleichstellung für alle LGBT-Menschen auf der Welt zu erreichen, mutig und herausfordernd.

Ich pendelte meistens zwischen den drei Konferenzen hin und her und es gab eine sehr positive Grundstimmung in der Mischung von Leuten, die sich mit anderen trafen, die die anderen "Konferenzen" besuchten. Diese Mischung brachte viele zusätzliche Vorteile der Netzwerkarbeit über die Grenzen der üblichen Gruppierungen hinweg, Informationsaustausch, Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und eine allgemeine Wahrnehmung, dass wir natürlich alle zu der großen Sache dazugehören!

Eine Reihe programmatischer Reden werden weiterhin zitiert, verwendet und in Erinnerung gerufen werden für die positive und wichtige Botschaft, die in der eindeutigen Forderung von LGBT-Rechten als Menschenrechte gipfelte, für die Rolle von Menschenrechtsverfechtern/innen, für die Notwendigkeit öffentlicher Wahrnehmung, wo diese Rechte verweigert werden, und für die Notwendigkeit, die Vielfalt in unseren Communities anzuerkennen. Besuchen Sie die Website der ILGA-Europa für die Reden von Louise Arbour – Menschenrechtskommissarin der Vereinten Nationen, Anastasia Crickley von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und Vladimir Spidla von der Europäischen Kommission.

Podiumsdiskussionen zu Europa, Asien, Afrika, Lateinamerika und zur südlichen Hemisphäre konzentrierten sich mehr darauf, die gelebten Wirklichkeiten aller unterschiedlichen Regionen der Welt genauer darzustellen. In den Arbeitskreisen hatten wir Gelegenheit, genauer über Aktivitäten, Projekte, Möglichkeiten in den Arbeitswelten, über Bildung über den Aufbau von Bündnissen, Gesundheit und noch so vieles mehr zu informieren, dass ich nicht einmal ahnen konnte, dass soviel stattfindet. Eine hoch interessante Vorgehensweise, Sprecher/innen aus verschiedenen Regionen zum gleichen Thema, das war in den Arbeitskreisen nützlich, um eine weltweite Sicht zu erhalten und nicht einfach nur von einer Region.

Das gemeinsame Stimmengemisch von 1.500 Leuten beim Mittagessen war auf- und anregend. Zugegebenermaßen gab es Zeiten, wo die Auswahl an Arbeitskreisen, zu treffenden Personen, wahrzunehmende Abendveranstaltungen einfach viel zu groß war und schwierige Entscheidungen getroffen werden mussten. Aber das ist die Kehrseite einer solchen Riesenveranstaltung.

Die Erklärung von Montreal wurde am letzten Tag von der Konferenz verabschiedet. Sie wird als Maßstab für zukünftige Konferenzen dienen, um die Arena der geforderten LGBT-Menschenrechte deutlich zu machen und ein sehr nützliches Rüstzeug für Kampagnenbetreiber/innen, Lobbyisten und überall auf der Welt zu sein, um sich mit dem überall stattfindenden Engagement verbunden zu fühlen, die Menschenrechte für LGBT-Menschen zu gewährleisten.

Es gibt bereits ein sehr starkes Team, das Kopenhagen 2009 organisiert – wo alles, was in Montreal erfolgreich war, fortgesetzt wird!

Weitere Informationen zur Konferenz in Montreal einschließlich der Erklärung von Montreal und programmatischer Reden finden Sie auf unserer Website:

www.ilga-europe.org/europe/news/international_conference_on_lgbt_rights_montreal

ILGA-EUROPA AUF DEM BERLINER CSD AUSGEZEICHNET

Von Kurt Krickler, 16. August 2006

Am 22. Juli 2006 erhielt die ILGA-Europa eine der sieben "Zivilcourage"-Auszeichnungen, die dieses Jahr von der Berliner CSD-Organisation [Berliner CSD e.V.], der Organisatorin der jährlichen LGBT-Pride-Parade, an Personen und Organisationen vergeben wurde, "die als leuchtende Beispiele von Zielstrebigkeit und Zivilcourage betrachtet werden und als Verfechter/innen der Interessen von Minderheiten, alle im Geiste einer diskriminierungsfreien europäischen Gesellschaft". Die Auszeichnungen wurden während der Abschlusskundgebung der Pride-Veranstaltungen auf der Bühne unter der "Siegessäule" gegenüber dem Brandenburger Tor überreicht. Mehrere hunderttausend Menschen hatten sich auf der Straße des 17. Juni zwischen diesen beiden Wahrzeichen Berlins versammelt, um nach der Parade zu feiern.

Die ILGA-Europa wurde für ihre eindrucksvolle Lobbyarbeit auf europäischer Ebene gemeinsam mit Kurt Krickler, Mitbegründer der Homosexuellen Initiativen (HOSI) Wien 1979 und in der ILGA seit 1981 aktiv, ausgezeichnet. Die anderen Auszeichnungen 2006 erhielten der spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero, die "Lesbenberatung e.V. Berlin", (das Lesbenberatungszentrum der Stadt seit 25 Jahren), Volker Beck (Partei Bündnis 90/Die Grünen), und Margot von Renesse (Sozialdemokratische Partei), deren Mitarbeit und Einsatz in Deutschland wesentlich zur Verabschiedung des Gesetzes zur eingetragenen Lebenspartnerschaft im Jahr 2000 beigetragen hat sowie Tomasz Bączkowski, Präsident der "Fundacja Równoci", Polens Gleichstellungsstiftung, die verantwortlich für die jährliche Pride-Parade in Warschau unter sehr feindlichen Rahmenbedingungen ist.

ILGA-EUROPA SUCHT EHRENAMTLICHE ÜBERSETZER/INNEN

Von Juris Lavrikovs

Die ILGA-Europa sucht zur Zeit Ehrenamtler/innen, um uns zu helfen, unser allgemeines Informationsfaltblatt über die ILGA in alle europäischen Sprachen zu übersetzen. Dieses kurze Faltblatt gibt einen Überblick über unsere Organisation, warum es sie gibt und warum sie gebraucht wird. Darin werden unsere Ziele, unsere Mission, unsere Mitglieder sowie Möglichkeiten, mitzumachen und die Organisation zu unterstützen, zusammengefasst.

Ziel des Faltblatts ist, die ILGA-Europa und ihr Engagement in allen europäischen Ländern und bei bestimmten Zielgruppen bekannter zu machen, insbesondere bei denen, die unsere Arbeit nicht kennen oder nicht damit vertraut sind.

Wenn Sie uns helfen möchten und dazu in der Lage sind, entnehmen Sie bitte den englischen Text des Faltblatts wie auch die schon verfügbaren Übersetzungen unserer Website:

www.ilga-europe.org/europe/publications/non_periodical/general_leaflet_about_ilga_europe_june_2006

Wie Sie sich vorstellen können, gibt es keine Möglichkeit, die Grammatik aller europäischen Sprachen zu prüfen und verschiedene Übersetzungen in eine bestimmte Sprache zu vergleichen. Deshalb werden wir die ersten Übersetzungen, die wir erhalten, verwenden und wir danken Ihnen im Voraus für ihre Bemühungen, um uns mit sehr genauen und korrekten Übersetzungen zu versorgen!

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

ISLAND: NEUE GESETZE ZU EINGETRAGENER LEBENSPARTNERSCHAFT GEWÄHREN VOLLE EHERECHTE

Von Hrafnhildur Gunnarsdottir, 12. Juni 2006

Am 02. Juni verabschiedeten die isländischen Abgeordneten – die ehemalige isländische Volksvertretung Althing – mehrere Gesetze zur Verbesserung der Rechtsstellung von Schwulen und Lesben in Island. Dabei sind die Änderungen in den Bestimmungen für die eingetragene Lebenspartnerschaft von 1996 am wichtigsten, die jetzt vollständige Rechte zur Adoption und künstlichen Befruchtung einräumen. Die eingetragene Lebenspartnerschaft gewährt jetzt im wesentlichen die vollständigen Rechte der Ehe. Gleichgeschlechtliche Paare erhalten außerdem das Recht, ihre Lebenspartnerschaft ohne Heirat oder Eheschließung bei den Behörden einzutragen – ein Recht, das Paare unterschiedlichen Geschlechts schon seit vielen Jahren genießen. Obgleich ziemlich fortschrittlich bei Schwulen- und Lesbenrechten, war Island in den letzten Jahren ein wenig zurückgefallen. Das Land hat sich jetzt bei den führenden Nationen, die Schwulen und Lesben Ehe- und Familienrechte garantieren, zurück gemeldet. Die neuen Gesetze treten am Christopher Street Day, dem 27. Juni, in Kraft und in Reykjavik sind Feierlichkeiten dazu geplant.

Samtokin'78, die nationale Organisation der Lesben und Schwulen in Island, wurde 1978, also zu einer Zeit gegründet, als Vorurteile und Diskriminierung viele Schwule und Lesben zwangen, nach Übersee auszuwandern. Der Erfolg der neuen Organisation ist sehr bemerkenswert. Es gelang ihr, in nur wenigen Jahren einen ausführlichen Dialog zu etablieren. Die Medien begannen, Schwulenrechte zu unterstützen, und die Bekämpfung von Vorurteilen wurde ein Familienthema unter den Isländern/innen, bei denen familiäre Beziehungen in einer Bevölkerung von nur 300.000 Menschen immer noch sehr stark sind. Der erste entscheidende Sieg an der Gesetzgebungsfront wurde 1996 mit der Verabschiedung der Gesetze zur eingetragenen Lebenspartnerschaft errungen, aber trotzdem waren Schwule und Lesben immer noch von der Adoption oder künstlichen Befruchtung in Islands kostenlosen öffentlichen Krankenhäusern ausgeschlossen.

Adoption und künstliche Befruchtung

Weitergehende Änderungen im Jahr 2000 erlaubten eingetragenen Lebenspartnerschaften die Stiefkindadoption. Mit dieser Maßnahme sollten die Rechte solcher Kinder gestärkt werden. Diese Einschränkungen sind jetzt alle abgeschafft worden, indem gleichgeschlechtlichen Paaren in eingetragenen Lebenspartnerschaften Rechte zur vollständigen und freien Adoption gewährt werden. Darüber hinaus haben lesbische Paare in eingetragenen Lebenspartnerschaften das Recht zur künstlichen Befruchtung im öffentlichen Gesundheitssystem. Außerdem können Paare, die nicht heiraten wollen, sich nach dem neuen Gesetz bei den Behörden als Lebenspartnerschaft eintragen lassen, wie es Paare unterschiedlichen Geschlechts seit Jahren gemacht haben – ein wichtiger Schritt in Island, weil er das Recht beinhaltet, eine gemeinsame Besteuerung zu beantragen. Soweit das Familienrecht betroffen ist, sind jetzt alle Diskriminierungen gegenüber Schwulen und Lesben in Island abgeschafft worden.

Kampf mit der Kirche von Island

In Island haben sowohl Zivilbeamte/innen als auch Geistliche der Kirchen und Religionsbewegungen die Befugnis, Menschen rechtlich zu verheiraten, wie es auch der Fall in anderen nordischen Ländern ist. Allerdings können nur Zivilbeamte/innen die Lebenspartnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare rechtlich bestätigen. Schwule streben jetzt eine Gesetzgebung an, um das zu ändern. Aber das Parlament kann dem wegen des Widerstands der lutherischen Staatskirche nicht zustimmen, die ihrerseits in diesem Sachverhalt gespalten ist. Das schränkt die Rechte gleichgeschlechtlicher Paare keinesfalls ein, aber vielen ist es wichtig, ihre Lebenspartnerschaft von der Kirche bestätigt zu bekommen. Die Auseinandersetzung wird nicht enden, bevor Kirchen und Religionsgruppen die Befugnis haben, schwule und lesbische Paare zu verheiraten, ihre Beziehung einzusegnen und gleichzeitig volle Rechte zu verleihen.

Der erfolgreiche Kampf für Schwulen- und Lesbenrechte in Island

In nur dreißig Jahren sind Einstellungen gegenüber Schwulen und Lesben in Island völlig verändert worden. Internationale Umfragen zeigen jetzt, dass mehr Menschen in Island Schwulen- und Lesbenrechte unterstützen als in anderen Ländern, außer in Schweden und den Niederlanden. Körperliche Angriffe auf Schwule gehören der Vergangenheit an, die Kinder von Schwulen und Lesben kommen in den Genuss vollständiger sozialer Sicherheit und Belästigung am Arbeitsplatz ist selten geworden. Jedes Jahr gehen Schwule und Lesben am zweiten Augustwochenende mit einer Gay Pride-Parade in Reykjavik auf die Straße. Daran nehmen 40.000 Menschen teil, das ist ein volles Drittel der Gesamtbevölkerung der isländischen Hauptstadt, und bringen ihre Unterstützung für Menschenrechte und Gleichstellung für alle zum Ausdruck.

VEREINIGTES KÖNIGREICH:

GLEICHGESCHLECHTLICHES PAAR VERLIERT ANFECHTUNG DER EHEGESETZE

Quelle: *Liberty Pressemitteilung*, 31. Juli 2006,

www.liberty-human-rights.org.uk

Einem britischen gleichgeschlechtlichen Paar, Celia Kitzinger und Sue Wilkinson, wurde heute die rechtliche Anerkennung ihrer kanadischen Ehe in dem ersten Fall dieser Art im Vereinigten Königreich verweigert. Sie haben ihre Lebensersparnisse ausgegeben, um diese bahnbrechende rechtliche Anfechtung durchzuführen.

Das Gericht urteilte, dass ihr Recht auf Privatleben den Staat nicht verpflichte, ihre Ehe anzuerkennen. Weiter entschied das Gericht, dass das Recht auf Familienleben sich nicht auf kinderlose gleichgeschlechtliche Paare erstreckt. Obgleich das Gericht feststellte, dass das Paar in ihrem Recht, ihre Wahlpartnerin zu heiraten, diskriminiert worden wäre, wäre diese Diskriminierung gerechtfertigt, um die traditionelle Bedeutung der Ehe als Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau mit dem vorrangigen Ziel der Zeugung von Kindern zu schützen.

Sue Wilkinson erklärte:

"Wir sind von dem heutigen Urteil tief enttäuscht – nicht nur wegen uns, sondern wegen gleichgeschlechtlicher Paare überall im Land. Die Geltung unserer Ehe rechtlich nicht anzuerkennen,

hält Diskriminierung und Ungleichbehandlung aufrecht. Dieses Urteil wird in der Zukunft keinen Bestand haben, und wir freuen uns auf den Tag, an dem es vollständige Gleichstellung bei Ehen von gleichgeschlechtlichen Paaren gibt."

Rechtsmitarbeiterin Joanne Sawyer von Liberty erklärte:

"Celia und Sue haben mutig den ersten Schritt auf dem Weg der Sicherstellung gleicher Eherechte für gleichgeschlechtliche Paare getan. Ich habe keinen Zweifel, dass das heutige Urteil zu gegebener Zeit als nicht vereinbar mit heutigen Werten betrachtet wird."

NORWEGEN:

OSLOER SAMENBANK LEHNT SCHWULE AB

Quelle: UPI, 08. August 2006,

www.upi.com/NewsTrack/view.php?StoryID=20060808-122208-9714r

Eine der beiden norwegischen Samenbanken hat einen Werbefeldzug für neue Samenspender gestartet, aber erklärt, Homosexuelle seien unerwünscht.

Die Samenbank im Reichskrankenhaus ist von einem neuen Gesetz stark betroffen, dass durch eine Samenspende geborene Kinder die Identität ihres Vaters erfahren können, wenn sie 18 Jahre alt werden, eine Aussicht, die viele Männer zögern lässt, zu spenden. Die Zeitung Dagsavisen berichtet, die Samenbank erreiche ihr Ziel der jährlichen Verdopplung der Zahl der Spender nicht.

"Die Hauptmotivation für einen Spender muss der Wunsch sein, anderen zu helfen, und nicht zum Beispiel, Samen zu spenden, um seine eigenen Gene zu verbreiten", sagte Peter Fedorcsak, der Leiter der Samenbank, und erklärte, dass er die Motive schwuler Spender in Frage stelle.

Die zweite nationale Samenbank in Norwegen berücksichtigt die sexuelle Identität der Spender nicht.

"Wir wollen einen Querschnitt von Männern in Norwegen", erklärte Eva Bakke, Geschäftsführerin bei der Haugesund Samenbank. "Einige Männer sind eben homosexuell und das wäre gerade gut so".

TRANSGENDER

ÖSTERREICH FOLGT URTEIL DES EUROPÄISCHEN GERICHTSHOFS IN TRANSGENDER-FALL

Von Kurt Krickler, 16. August 2006

Während der vergangenen 25 Jahre hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg ein entscheidendes Fallrecht in Transgenderfragen etabliert, einschließlich des Rechts einer Person, mit seinem "neuen" Geschlecht nach einer Geschlechtsumwandlung anerkannt zu werden und, dass ihr/sein Geschlecht in amtlichen Aufzeichnungen, wie dem Geburtenbuch, und in amtlichen Dokumenten, wie Geburtsurkunden oder Personalausweisen, geändert wird.

Im Juni 2006 hatte der österreichische Verfassungsgerichtshof einen Fall zu entscheiden, in dem die Behörden sich geweigert hatten, das Geschlecht der Klägerin im Geburtenbuch nach einer Geschlechtsumwandlung zu ändern, weil die vom Mann zur Frau gewordene Transgender-Person weiterhin mit einer anderen Frau verheiratet ist. Weil es kein Gesetz zu Transgenderfragen in Österreich gibt, hat das Innenministerium diese Sachverhalte in Verordnungen geregelt. Dessen Verordnung aus dem Jahr 1996, "Verordnung zu Transsexuellen", sieht die Änderung des Geschlechts im Geburtenbuch nur in dem Fall vor, dass die Person nicht verheiratet ist – um gleichgeschlechtliche Ehen zu verhindern, die nach dem österreichischen Ehegesetz verboten sind. In der Praxis kann also keine Geschlechtsumwandlung direkt in Österreich vorgenommen werden, wenn die Person weiterhin verheiratet ist. Wenn die Operation aber im Ausland vorgenommen wurde, unterliegt das natürlich keiner Kontrolle durch die österreichischen Behörden.

Der Verfassungsgerichtshof konnte das Fallrecht des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nicht ignorieren und musste deshalb zugunsten der Klägerin urteilen, die mit ihrem neuen Geschlecht amtlich anerkannt und im Geburtenbuch eingetragen werden muss. Als Folge müssen ihr Vorname und ihre Personalpapiere entsprechend geändert werden. Allerdings begründete der Gerichtshof sein Urteil nur auf rein formale Gründe: Er erklärte einfach die entsprechenden Paragraphen der

Verordnung für null und nichtig, weil es das Innenministerium versäumt hätte, die Verordnung ordnungsgemäß im Amtsblatt zu veröffentlichen. Darüber hinaus entschied der Gerichtshof, dass die Bestimmung, nach der die Ehe ein Hindernis zur Berichtigung des Geschlechts im Geburtenbuch wäre, jeglicher rechtlichen Grundlage im Personenstandsgesetz entbehre, und, dass das Ministerium seine Befugnisse durch die Aneignung gesetzgeberischer Kompetenz überschritten hätte. Der Gerichtshof merkte an, dass die Weigerung, das Geschlecht im Geburtenbuch zu berichtigen, die Ehe nicht daran hindern könne, eine gleichgeschlechtliche zu werden, weil die Klägerin durch Vornahme der Geschlechtsumwandlung offensichtlich "faits accomplis" [vollendete Tatsachen] geschaffen hätte.

Allerdings entschied der Gerichtshof im Urteil ausdrücklich nicht, ob die Anerkennung der Klägerin mit ihrem neuen Geschlecht, die Ehe automatisch annullieren würde (weil sie jetzt von zwei Personen des gleichen Geschlechts gebildet würde) oder ob diese Anerkennung die Scheidung der Ehe durch die Behörden ermöglichen oder sogar notwendig machen würde. Außerdem urteilte der Gerichtshof nicht, ob das durch das Ehegesetz vorgesehene Verbot gleichgeschlechtlicher Eheschließung verfassungswidrig oder ein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention wäre. Es wäre eine große Überraschung gewesen, wenn der Gerichtshof so geurteilt hätte, weil er gerade erst im Dezember 2003 in einem Beschwerdeverfahren gegen das rechtliche Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe geurteilt hatte, dass es nicht verfassungswidrig sei. Dieses von der HOSI Wien unterstützte Verfahren ist jetzt seit August 2004 vor dem Gerichtshof in Strassburg anhängig.

Dieses Transgender-Urteil wird keine Auswirkung auf die Ehegesetzgebung in Österreich haben, obwohl gleichgeschlechtliche Ehen jetzt für verheiratete Paare möglich sind, wenn ein/e Partner/in sich einer Geschlechtsumwandlung unterzieht. Offensichtlich haben sich Behörden und Politiker/innen für eine "pragmatische" Herangehensweise entschieden. Vertreter/innen des Innen- und Justizministeriums haben bereits angekündigt, dass sie keine Versuche unternehmen würden, solche gleichgeschlechtlichen Ehen von Amts wegen zu annullieren, weil das zuviel öffentliche Kritik auslösen würde, insbesondere in dem Fall der Person, die ihre Klage gewonnen hätte. Sie und ihre Partnerin sind glücklich verheiratet, haben zwei Kinder und weigern sich, geschieden zu werden. Die Behörden wissen nur allzu genau, dass es nur einige wenige Fälle geben wird, in denen ein Paar weiterhin verheiratet sein möchte, wenn sich ein/e Partner/in einer Geschlechtsumwandlung unterzieht. Sie wissen außerdem, dass diese Begleitumstände keinen Präzedenzfall für zwei Frauen und zwei Männer schaffen, die auch die Ehe schließen wollen, ohne vorher einer Geschlechtsumwandlung vorgenommen zu haben.

LITAUEN: TRANSSEXUELLE STEHEN FÜR IHRE RECHTE EIN

Von Lithuanian Gay League [Litauische Schwulenliga], 07. August 2006

Eine junge Frau, die ihr Geschlecht umwandeln lassen will, hat Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen Litauen eingereicht und ist eingeladen worden, ihre Forderungen an die Regierung während einer öffentlichen Gerichtsanhörung in Strassburg am 17. Oktober vorzutragen. Sie muss außerdem ihre 1 Million litas (290.000 Euro) Klage gegen den Staat glaubhaft machen. Beim Straßburger Gerichtshof ging die Klage von der Frau, die das Gefühl hat, sie sollte dem anderen Geschlecht angehören, vor einem Jahr ein. In ihrer Klage erklärte die litauische Staatsangehörige, dass sie einige Male Mikrochirurgen/innen wegen einer Operation zur Geschlechtsumwandlung konsultiert hätte und oft zu Psychiatern/innen geschickt worden wäre. Die Ärzte des psychiatrischen Krankenhauses in Vilnius haben erklärt, dass sie eine Transsexuelle sei und eine solche Operation vornehmen sollte. Das ist jetzt der zweite Fall in der litauischen Praxis, dass das Justizministerium als Vertreter der Regierung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ihre Position mündlich vortragen muss.

Zur Zeit ist es in Litauen für Transsexuelle nicht möglich, geschlechtsbezogene amtliche Eintragungen zu ändern. Die Möglichkeit, den Namen zu ändern, ist sehr eingeschränkt. Es ist möglich, den geschlechtsbezogenen Namen einer Person in einen neutralen Namen zu ändern, aber nur für unverheiratete Personen. Obgleich das grundlegende Recht, sein Geschlecht zu ändern, in Litauens Zivilgesetzbuch Artikel 2.27 aufgeführt ist, wird dieser Artikel als nicht geltend betrachtet, weil es kein Gesetz zur Regelung der Geschlechtsumwandlung gibt.

Kürzlich veröffentlichte die landesweite Tageszeitung "Lietuvos rytas" eine Titelseitenstory über die 46-jährige Transsexuelle Medea, die dafür kämpft, bürokratische Hindernisse zu überwinden und ihr biologisches Geschlecht zu ändern. Mit Hilfe der Litauischen Schwulenliga wurde ein offizielles Schreiben an die Präsidentin geschickt. Darin wird die Präsidentin aufgefordert, ihre gesetzgeberischen Befugnisse auszuüben und eine Anhörung über ein Gesetz zur Geschlechtsumwandlung im Parlament während der Sitzungsperiode im Herbst einzuleiten.

VERSAMMLUNGSFREIHEIT

VERBOTE VON PRIDE-PARADEN UND GEWALT IN RIGA UND BURSA

- LGBT-Pride-Parade in Riga verboten, legale Pride-Versammlung von Gewalt und Hass umgeben -

Lesen Sie bitte Fakten, genaue Berichte, persönliche Geschichten und Einschätzungen und sehen Sie sich Bilder vom Pride in Riga auf unserer Website an:

www.ilga-europe.org/europe/guide/country_by_country/latvia/riga_pride_2006

- LGBT-Pride-Parade in Bursa verboten -

Lesen Sie bitte eine Presseerklärung der Rainbow Association for Protecting Transvestites, Transsexuals, Gays and Lesbians, Solidarity and Development of Cultural Activities [Regenbogenverband zum Schutz von Transvestiten, Transsexuellen, Schwulen und Lesben, Solidarität und der Entwicklung kultureller Aktivitäten] auf unserer Website:

www.ilga-europe.org/europe/guide/country_by_country/turkey/our_legal_march_has_been_suspended_with_the_reason_of_an_illegal_aggressive_protest

PRIDE IN TALLINN ERLAUBT UND VON SKINHEADS ANGEGRIFFEN

- LGBT-Pride in Tallinn erlaubt, aber von Skinheads angegriffen, mindestens sechs Personen verletzt -

Entnehmen Sie bitte die Einzelheiten unserer Website:

www.ilga-europe.org/europe/guide/country_by_country/estonia/tallinn_pride_2006

EPOA-KONFERENZ FINDET IM OKTOBER IN MADRID STATT

Von Kurt Krickler, 16. August 2006

Die Jahreskonferenz der EPOA, der European Pride Organizers Association [Verband der europäischen Pride-Organisatoren/innen] wird dieses Jahr in Madrid abgehalten, der Stadt mit dem EuroPride im kommenden Jahr vom 06. bis 08. Oktober. Angesichts der steigenden Anzahl von feindseligen und gewalttätigen Vorfällen bei Pride-Veranstaltungen in bestimmten Ländern und des schwindenden Interesses und der abnehmenden Teilnahme von LGBT-Gemeinschaften an diesen Veranstaltungen in anderen Städten, lädt EPOA Pride-Organisatoren/innen ein, der EPOA beizutreten und an der Konferenz teilzunehmen. Es ist eine ausgezeichnete Gelegenheit zum Informations- und Ideenaustausch, wie ein erfolgreicher Pride zu organisieren ist, zur Diskussion gegenwärtiger Trends und wie die Attraktivität des Pride für die Community aufrechterhalten werden kann. Die EPOA-Konferenz ist das perfekte Forum für Pride-Organisatoren/innen, andere zu treffen und "twinning"-Beziehungen [offensichtlich Wortspiel aus twin = Zwilling und winning = vorteilhaft] zu etablieren, zum Beispiel zwischen Organisatoren/innen, die besser dran sind, und denen, die einer feindlichen Umwelt ausgesetzt sind. Die Konferenz wird außerdem die Gastgeberstadt für den EuroPride 2009 beschließen. Der Austragungsort für den EuroPride 2008 (Stockholm) wurde bereits im vergangenen Jahr ausgewählt.

Für weitere Informationen nehmen Sie bitte Kontakt auf mit:

European Pride Organizers Association (EPOA) [Verband europäischer Pride Organisatoren/innen]

Kleiststraße 35, 10787 Berlin, Deutschland

Tel.: +49-30-23 62 65 21 - Fax: +49-30-23 62 96 51

outreach@europride.info - www.europride.info

VERBRECHEN AUS HASS

VEREINIGTES KÖNIGREICH:

DIE MEISTEN VERBRECHEN AUS HASS WERDEN NICHT GEMELDET

Quelle: BBC, 16. August 2006, http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/4795907.stm

Victim Support [Opferunterstützung (Organisationsname)] stellte bei den 107 befragten Opfern von Hass fest, dass sie sich auch vor einer Anklageerhebung und Racheakten fürchteten. Von denen, die die Verbrechen anzeigten, fühlte sich nur einer von fünf von der Polizei gut unterstützt, erklärte die Organisation. Ein Sprecher des Verbands leitender Polizeibeamter erklärte, Ermittlungen bei Verbrechen aus Hass würden höchste Priorität eingeräumt.

Paul Fawcett von Victim Support erklärte: "Die Veröffentlichung des Berichts macht die Unsichtbarkeit des Problems besonders deutlich. Das Verbrechen aus Hass ist ein glasklarer Indikator für eine destabilisierte Gesellschaft. Wir müssen darauf achten, Menschen nicht zu dämonisieren."

Der Bericht mit dem Titel "Verbrechen und Vorurteil" konzentriert sich auf die Erfahrungen und Unterstützungsbedürfnisse von Menschen, die Angriffe wegen ihrer ethnischen Herkunft oder sexuellen Orientierung erlitten. Darin wird festgestellt, dass die Untersuchung Beweise für Polizisten/innen an den Tag gebracht hätte, die mit einem "da können wir nichts unternehmen" bis hin zu sogenannten schwach ausgeprägten Schikanen.[low-level harassment] an die Sache herangingen. Die Opfer wünschten sich die Polizei "kommunikativer" und "verständnisvoller" und, "dass sie Verbrechen aus Hass ernst nimmt".

Eine weitere übliche Beschwerde richtete sich gegen die Untätigkeit bei der Polizei, entweder bei der Lösung von Problemen zu helfen oder den/die Täter/in zu verfolgen, wird in dem Bericht erläutert. Polizeibeamte wurden auch dafür kritisiert, die Opfer nicht vollständig über den Fortschritt der Fälle zu informieren. Herr Fawcett fügte hinzu: "Opfer von Verbrechen aus Hass können sich in der Gemeinschaft, in der sie leben, isoliert fühlen, zum Beispiel, wenn sie angegriffen wurden, weil sie lesbisch oder schwul sind, oder sie können sich durch Sprache oder Kultur isoliert fühlen, wenn sie aus einem anderen Land nach England gekommen sind. Die Ergebnisse sind besorgniserregend und enttäuschend. Wir sind enttäuscht über das Ausmaß von Ressourcen, um sich mit diesem versteckten Problem zu befassen."

Aber, wo die Polizei einen besonderen Auftrag hatte, Verbrechen aus Hass zu bekämpfen, hätte es einigen Erfolg gegeben, fügte er hinzu. In dem Bericht wird festgestellt, dass, wo Opfer mit spezialisierten Polizeibeamten zu tun hatten, diese als hilfreichste Quelle der Unterstützung angesehen wurden. Die Forscher/innen forderten größere Investitionen in die Weiterentwicklung von Dienstleistungen bei Risikogemeinschaften und mehr Verständnis von der Polizei und der königlichen Strafverfolgungsbehörde bei der Reaktion auf die Bedürfnisse von Opfern. In dem Bericht wird auch empfohlen, dass Verbrechen aus Hass akkurater dokumentiert werden.

Das Innenministerium erklärte, es wünsche "mehr Fortschritt bei der Ermittlung und Strafverfolgung von Verbrechen aus Hass zu sehen". Ein Sprecher erklärte: "Wir sind verpflichtet, Verbrechen aus Hass in all seinen Formen zu beenden. Mangel bei der Bekämpfung von Verbrechen aus Hass untergräbt das Vertrauen in das Strafrechtssystem und kann ganze Gesellschaften in Angst versetzen."

"Hohe Priorität"

Wir wünschen uns das Vertrauen Verbrechen anzeigender Menschen, dass Maßnahmen ergriffen werden." Der Sprecher erklärte, das Innenministerium würde an die Einführung von Vorgehensweisen denken, um die Anzeige von Verbrechen aus Hass für die Opfer zu erleichtern. Die Vorstellungen umfassten unter anderem Berichtssysteme für Drittpersonen und eine 24-stündige Hotline für die Anzeige von Verbrechen aus Hass.

Peter Fahy vom Verband der leitenden Polizeibeamten erklärte: "Die Aufklärungsrate für Verbrechen aus Hass ist höher als bei Verbrechen im Allgemeinen und es gibt einen signifikanten Anstieg von erfolgreichen Strafverfolgungen bei durch ethnische Herkunft und aus Religionsgründen zusätzlich belasteten Verbrechen. Den Ermittlungen von Verbrechen aus Hass wird eine hohe Priorität eingeräumt und die Polizei bedauert das nicht."

Die Untersuchung war Teil eines 100.000 £ Forschungsprogramms und wurde von Co-operative Insurance (CIS) finanziert.

SCHWARZES BRETT

ERSCHEINEN SIE IN EINEM VIDEO DER LETZTEN ILGA-WELTKONFERENZ

Von Yves De Matteis, 08. August 2006

Von der letzten ILGA-Weltkonferenz vom 27.03. – 03.04 in Genf werden Videos produziert. Das erlaubt allen, die an der Konferenz nicht teilnehmen konnten, sogar die Filmaufnahmen von den meisten Plenarversammlungen dieser Veranstaltung zu sehen. Die Genehmigung der als Sprecher/innen auftretenden Personen wird natürlich eingeholt, um ihrem Wunsch nach Privatsphäre und Anonymität zu entsprechen.

Die Produktion der Videos wie auch die mit der Produktion verbundenen Kosten werden zusätzliche Finanzmittel erfordern. Mit einer Spende – von € 200 an aufwärts – werden Stiftungen oder Organisationen ihr Logo zu Beginn und am Ende der Videos auftauchen sehen, die sich so unterschiedlichen Themen widmen wie: Religion, LGBT-Gesundheit, Transgenderfragen, Afrikanische LGBT-Bewegungen, internationale Zusammenarbeit, LGBT-Rechte und die Vereinten Nationen - mit Sprechern/innen, die von LGBT- und NGO-Aktivisten/innen bis hin zu Abgeordneten oder Fachleuten reichen.

Die Zuteilung von Werbefläche für Spender/innen wird begrenzt – wegen besserer Sichtbarkeit – und wer zuerst kommt mahlt zuerst. Wenn die Kosten vollständig abgedeckt sind geht das übrig bleibende Geld an die ILGA, um in erster Linie Stipendien der nächsten ILGA-Konferenzen, einschließlich der 24. ILGA-Weltkonferenz in Quebec und der 25. in Moskau, finanzieren zu können.

Wenn Sie Interesse haben oder mehr über die zu unterstützenden verfügbaren Videos wissen möchten, nehmen Sie bitte mit uns Kontakt auf unter:

information@ilga.org

AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON KONFERENZBEITRÄGEN

– 3. WELTKONFERENZ: SEX UND SEXUALITÄT – UNTERSUCHUNG KRITISCHER FRAGEN

Mittwoch, 29. November – Sonnabend, 02. Dezember 2006-09-03, Krakau, Polen

Auf dieser Forschungskonferenz wird angestrebt, Fragen der Sexualität im Bereich kritischer und kultureller Perspektiven zu untersuchen. Mit dem Ziel, innovative inter- und multidisziplinäre Dialoge anzuregen, erwarten wir besonders Konferenzbeiträge aus einer Vielfalt von Disziplinen, einschließlich der Anthropologie, kultureller Untersuchungen, Bildung, Geschlechterstudien, Geschichte, Recht, Literatur, Medizin, Psychologie, Religion und Sozialarbeit, aber nicht darauf begrenzt. Wir begrüßen außerdem Beiträge von Queer-Aktivist*innen und Professionellen in gemeinnützigen Organisationen und NGOs.

Konferenzbeiträge werden zu entsprechenden Themen berücksichtigt. Übersichten mit einem Umfang von 300 Worten sollten bis Freitag, dem 22. September 2006 eingereicht werden. Die voll ausgearbeiteten Konferenzbeiträge sollten bis Freitag, dem 17. November 2006 eingereicht werden.

Alle angenommenen und auf dieser Konferenz vorgetragenen Konferenzbeiträge werden in einem ISBN-E-Book veröffentlicht. Ausgewählte, für die Konferenz angenommene und auf ihr vorgetragene Konferenzbeiträge werden in einer thematisierten Druckausgabe veröffentlicht. Konferenzbeiträge sollten dem Organisationskomitee als E-Mail-Anhang in Word oder WordPerfect eingereicht werden; Übersichten können auch im E-Mail-Text selbst eingereicht werden.

Margaret Breen, Department of English, University of Connecticut, Storrs, CT, USA

E-Mail: margaret.breen@uconn.edu

Rob Fisher, Inter-Disciplinary.Net, Freeland, Oxfordshire, UK

E-Mail: sas3@inter-disciplinary.net

Auf der Konferenz wird angestrebt, Menschen aus verschiedenen Zusammenhängen, Disziplinen, Berufen und Interessen zusammen zu bringen, um Ideen auszutauschen und diverse Diskussionen zu führen, die innovativ und aufregend sind.

For further details about the conference please visit: www.inter-disciplinary.net/ci/sexuality/s3/cfp.html